

Mittel zur Durchsetzung ihrer Ziele anwenden. Und der Mantel des Schweigens, den man über das Thema legt, verstärkt den fatalen Eindruck, daß die Regierung gegenüber Minderheiten und allen Opfern kommunalistischer Gewalt gleichgültig ist.

Das Thema "Babri Masjid" wurde zu einer Auseinandersetzung zwischen Hindus und Moslems hingebogen. Diese Art der Darstellung könnte auch die merkwürdige Zurückhaltung vieler politischer Parteien erklären, die in einem politischen Klima, in dem Säkularismus mit einer Pro-Moslem-Haltung gleichgesetzt wird, lieber Augen, Mund und Ohren verschließen. Als die Verantwortlichen in Staats- und Zentralregierung die Fanatiker auf beiden Seiten als Sprachrohre in dem Konflikt akzeptierten, akzeptierten sie damit gleichzeitig die vereinfachende und symbolische Zuspitzung des Themas auf einen Hindu-Moslem-Konflikt. Die moderaten säkularen Töne wurden nicht mehr gehört.

Der eigentliche Konflikt, der unter dem Thema "Babri Masjid" zum Vorschein kommt, ist der Kampf gegen die säkulare indische Verfassung und die Legitimität der staatlichen Organe. Als der Staat/die Regierung - zu schwach, um ihre politische Verantwortung anzuerkennen - auf den konstruierten Hindu-Moslem-Antagonismus einschwenkte, erklärte sie damit ihren eigenen Bankrott. In der Tat hat keine der Regierungen der letzten Jahre auch nur den Versuch unternommen, den säkularen, anti-kommunistischen, gewaltfreien und toleranten Charakter, der in der Tradition des indischen Staates und seiner Verfassung liegt, zu stärken. Dazu hätte man vor allem auch die selbsternannten religiösen und halb-religiösen Führer

und Verführer als das demaskieren müssen was sie sind, nämlich als machtbesessene Vertreter ihrer eigenen Interessen. So entstand die paradoxe Situation, daß die Regierungen immer wieder Bekenntnisse zum säkularen Charakter des Staates und zur obersten Rechtsprechung abgaben, gleichzeitig aber durch ihr Schweigen gegenüber den Scharfmachern der Polarisierung den Boden bereiteten. Stimmen, die schon lange vor der Zerstörung der Moschee die Regierung aufgefordert hatten, für den Schutz derselben zu sorgen, waren beiseite gedrängt und zum Schweigen gebracht worden. Die politischen Parteien suchten währenddessen immer noch nach der richtigen "Strategie", um mit diesem Problem umzugehen.

Einfach "Gras über die Sache wachsen zu lassen", ist heute sicherlich nicht die adäquate Methode, mit dem Thema Ayodhya umzugehen. Die Wunden, die die Zerstörung der Babri Moschee hinterlassen hat, sind zu tief, und jede neue Provokation - sei sie auch scheinbar noch so klein - reißt sie wieder neu auf: Angst, Unsicherheit und Panikreaktionen sind die Folge, nicht nur bei den ethnischen und religiösen Minderheiten, sondern letztlich bei allen, die sich der konkreten und in der indischen Verfassung festgeschriebenen Vision einer säkularen Gesellschaft verpflichtet fühlen. Die Antwort liegt aber sicherlich genauso wenig darin, die Gräben zwischen der Hindu-Mainstream-Gesellschaft und den Minderheiten durch Schürung von Emotionen immer wieder neu aufzureißen. Die bisher angewandten Strategien greifen sehr kurz und sind sogar teilweise gefährlich: Die mit dem Antiterrorgesetz TADA verbundene Gesetzgebung ist zu scharf, unabhängig davon,

ob sie gegen Moslems oder gegen Hindus angewandt wird. Und mit einer Verschärfung der Gesetze ist niemandem gedient, auch wenn interessierte Kreise TADA besonders den Moslems schmackhaft machen wollen. Auch die Einführung von Urdu als Pflichtsprache in den Schulen und die Neu-Ernennung von Urdu-Lehrern ist allenfalls ein symbolischer Akt und nutzt den Moslems letztlich wenig: Urdu ist nicht "die" Sprache der Moslems, als die sie immer wieder deklariert wird. Auch die Auflösung der PAC (Public Assistant Committee, einer Art Zivilpolizei) ist genauso wenig ein Zugeständnis an die Moslems, sondern eher an die arme Landbevölkerung in Uttar Pradesh, die - ob Hindus oder Moslems - meist Opfer der Übergriffe der schießwütigen und schlecht ausgebildeten PAC waren. Und auch der Widerstand gegen die Einführung eines einheitlichen Zivilrechts war keineswegs überwiegend eine Sache der Moslems, auch wenn diese dabei beispielsweise ihr islamisches Scheidungsrecht hätten aufgeben müssen, sondern vielmehr ein Zeichen für den Widerstand gegen die Unterdrückung durch einen zentralistischen Staat.

Die säkularen, anti-kommunistischen Parteien sind also konkret gefordert, sich etwas neues einfallen zu lassen. Wer das Feld nicht den fundamentalistischen Kräften überlassen will, darf nicht schweigen - weder zu den Ausfällen des 'Vishwa Hindu Parishad' (VHP) und der RSS, noch zu den Tiraden der moslemischen Extremisten. "Moslemische" Themen wie Urdu als Pflichtsprache oder islamische Familienplanung müssen entideologisiert und in einen säkularen Kontext gebracht werden.

(Übersetzung: Thomas Stukenberg)

Ergebnisse des Widerstands gegen das Narmada-Projekt

von Shripad Dharmadhikary, NBA

Am 31. Oktober 1995 haben in New Delhi die Verhandlungen über eine Klage der 'Narmada Bachao Andolan' (NBA) vor dem Obersten Gerichtshof begonnen. Das Ziel: Die Arbeiten am Sardar Sarovar Staudamm, dem größten Staudammprojekt Indiens, zu stoppen. Seit dem Bericht der unabhängigen Untersuchungskommission von Bradford Morse und Thomas Berger, 1992, hat die Kritik an diesem Projekt (SSP) immer weiter zugenommen. Dabei konnten die Aktivitäten der NBA wesentlich zur Aufklärung über die Mißstände beim SSP beitragen.

Im Juli 1993 veröffentlichte das 'Tata Institute of Social Sciences' in Bombay, das bis dahin mit dem Monitoring der Umsiedlungsaktivitäten beim 'Sardar Sarovar Project' beauftragt war, einen Bericht über seine Arbeit zwischen 1986 und 1993. Der Bericht stellt eine ver-

nichtende Bilanz der Umsiedlungen beim SSP dar und fordert, das Projekt zu stoppen und neu zu überprüfen.

Nicht zuletzt aufgrund von Protesten der NBA wurde im August 1993 eine fünfköpfige Untersuchungskommission der indischen Regierung zur Überprü-

fung der Kritik am SSP eingesetzt. Die sogenannte 'Five Member Group' (FMG) schloß ihre Untersuchungen im Juli 1994 ab, ihr Abschlußbericht wurde aber auf einen Gerichtsbeschuß hin vorerst geheim gehalten.

In der Zwischenzeit hatten auch die

'Narmada Control Authority' (NCA) und das 'Ministry of Environment and Forest' (MoEF) einen Baustop gefordert, da unter anderem festgestellt wurde, daß Bestimmungen, wonach die Oustees (umzusiedelnde Personen) aus dem Narmada-Tal sechs Monate vor der Überschwemmung ihrer Dörfer umgesiedelt werden müssen, nicht erfüllt wurden. Vor diesem Hintergrund sah sich auch Premierminister Narasimha Rao am 12. Januar 1994 gezwungen, einen Baustop zu fordern.

Durch die schlechten Bedingungen in den Umsiedlungsdörfern Gujarats starben im Juli 1994 mindestens zehn Menschen an Cholera und anderen Krankheiten.

Um auf die Probleme beim SSP aufmerksam zu machen und gegen die Wiederaufnahme der Bauarbeiten nach der regulären Unterbrechung während des Monsuns zu protestieren, startete die NBA im November und Dezember 1994 ein ausgedehntes Aktionsprogramm in Bhopal. Die Proteste wurden durch einen dreiwöchigen Hungerstreik von Medha Patkar und drei weiteren NBA-Aktivisten unterstützt (siehe 'Südasiens', 1-2/95).

Als Reaktion auf die NBA-Proteste wurde noch im Dezember 1994 eine Parlamentariergruppe aus Madhya Pradesh mit der Untersuchung der Situation der Oustees in Gujarat beauftragt. Ihr Bericht bestätigte die schon erhobenen Vorwürfe, wobei die Kommission Zweifel daran äußerte, ob eine Umsiedlung aller Oustees gemäß den vom 'Narmada Water Disputes Tribunal Award' (NWDT) festgelegten Richtlinien überhaupt möglich ist. Schon im März 1994 hatte der Chief Minister von Madhya Pradesh (MP) in einem Brief an Premierminister Rao zugegeben, daß es nicht gelungen sei, die große Anzahl an Menschen umzusiedeln, die durch das SSP bisher vertrieben wurden. Gleichzeitig bat er den Premierminister, für eine Reduzierung der geplanten Höhe des Staudamms einzutreten. Zum Jahreswechsel 1994/95 wurden diese Punkte durch eine eidesstattliche Erklärung der Regierung von M.P. vor dem Obersten Gerichtshof in New Delhi bestätigt.

Am 13. Dezember 1994 ordnete der Oberste Gerichtshof die Veröffentlichung des FMG-Berichts an, fast ein halbes Jahr nachdem er fertiggestellt worden war. Der Bericht stellte fest, daß a) es immer noch keine verlässlichen Angaben zur Anzahl der vom Projekt betroffenen Familien gibt; b) der schon von der Weltbank geforderte Gesamtplan zur Umsiedlung noch nicht erstellt wurde; c) es nicht genügend Land gibt, um alle Oustees umzusiedeln und d) die Narmada deutlich weniger Wasser führt als bisher angenommen wurde (siehe

'Südasiens', 3/95). Gefordert wurden unter anderem eine sofortige Volkszählung im Überschwemmungsgebiet, die Fertigstellung des Umsiedlungsplanes innerhalb von sechs Monaten (diese Frist ist bereits verstrichen, ohne daß ein entsprechender Plan existiert) und die Ausbildung von Polizeikräften für Umsiedlungsaktivitäten! Die Hauptaussage des Berichts war aber, daß es zu den meisten Themen nur unzureichende Informationen gäbe. Daher ordnete der Oberste Gerichtshof im Januar 1995 eine genauere Untersuchung der Themen Hydrologie, Dammhöhe, Umsiedlungen und Umweltauswirkungen an. Dieser zweite Bericht der 'Five Member Group' wurde schon im April 1995 fertiggestellt, durfte aber noch nicht veröffentlicht werden, da er eine wichtige Grundlage für den Prozeß der NBA gegen die indische Regierung und die Regierungen der am SSP beteiligten Bundesstaaten vor dem Obersten Gerichtshof ist.

Die Ergebnisse des ersten Berichts der FMG wurden auch von der Weltbank bestätigt. Die Bank hatte sich 1993 vom SSP zurückgezogen und erstellte im März 1995 ihren Abschlußbericht zum SSP. Darin werden die Probleme beim Umsiedlungsprozeß bestätigt. Der Weltbank ist es demnach nicht gelungen, ihre eigenen Richtlinien einzuhalten, wobei es vor allem versäumt wurde, den Dialog mit den Oustees zu suchen und ihre Partizipation zu gewährleisten. Diese Versäumnisse wurden auch schon durch den Morse-Report 1992 festgestellt. Der Abschlußbericht der Weltbank bestätigte auch die Einschätzungen des Morse-Reports zur Versandung des Stausees, wonach eine drastische Reduzierung der Lebensdauer des Staudammprojektes zu erwarten ist. Es wurde desweiteren festgestellt, daß die verfügbare Wassermenge überschätzt und der Wasserbedarf unterschätzt wurde. Das bedeutet, daß die Ausdehnung des angenommenen Bewässerungsgebiets um 35 bis 40 Prozent reduziert werden muß. Auch die Bewässerungseffizienz wurde mit 60 Prozent zu hoch eingeschätzt und ist eher bei 40 Prozent anzusetzen.

Der Weltbankbericht kommt zu dem Ergebnis, daß die zu erwartenden Gewinne aus dem SSP nur noch zwölf Prozent betragen (wobei diese Angabe von der Weltbank zwischenzeitlich schon auf maximal zehn Prozent korrigiert wurde) und die letzten 30 Prozent des Bewässerungsgebietes, d.h. vor allem die Dürregebiete in Kutch, aus dem Projektgebiet ausgeklammert werden müssen, da es als nicht realisierbar angesehen wird, Wasser bis dorthin zu transportieren. Damit wird die hauptsächliche Begründung für die Notwendigkeit des Projektes und für die Umsiedlung von mindestens 250.000 Menschen zerstört: Die Bewässerung der

Dürregebiete im Norden Gujarats durch die "Lebenslinie Gujarats", wie das Kanalsystem von den Befürwortern genannt wird.

Die Ankündigung des Megaprojekts "Kalpasar" im Juni 1995 deutet darauf hin, daß auch die neue (BJP-) Regierung in Gujarat nicht mehr an die Möglichkeit glaubt, das Wasser des Sardar Sarovar bis in den Norden Gujarats zu transportieren. Auch wenn der im September 1995 ernannte neue Vorsitzende der 'Sardar Sarovar Narmada Nigam Ltd.' (SSNNL), Jay Narayan Vyas, erklärt hat, das Versagen des SSP sei nur ein "Versagen der Öffentlichkeitsarbeit, vor allem auf internationaler Ebene", ist die Kritik nicht mehr zu überhören. Mr. Vyas selbst war bis vor kurzem für seine kritische Haltung gegenüber dem SSP bekannt, was sich erst seit seiner Ernennung zum Vorsitzenden der SSNNL geändert hat.

Im Juni 1995 trat 'Arch-Vahini', eine Nichtregierungsorganisation, die die Umsiedlungsaktivitäten Gujarats seit sieben Jahren unterstützt hat, aus dem Umsiedlungskomitee der Regierung von Gujarat aus. 'Arch-Vahini', die auch Beraterdienste bei Umsiedlungsfragen für die Weltbank leistete, beklagte in einem Rundschreiben die mangelnde Kooperationsbereitschaft der Regierung.

Unterdessen wurden die Bauarbeiten am SSP im Januar 1995 vorläufig eingestellt, da das Umsiedlungsprogramm weit hinter den Baumaßnahmen zurückgeblieben war, und wegen der katastrophalen Zustände in den Umsiedlungsdörfern in Gujarat kehrten zwischen Dezember 1993 und Juni 1995 hunderte von Familien wieder in ihre alten, von der Überflutung bedrohten Dörfer zurück.

Als im Oktober 1995 der Umsiedlungsausschuß der Regierung einer Erhöhung der Staumauer von 80,3 auf 85,3 Meter zustimmte und die Bauarbeiten wieder aufgenommen werden sollten, organisierte die NBA einen Protestmarsch von Badwani (Madhya Pradesh) nach Delhi. Am 18. November erreichten 350 Bewohner des Narmada-Tals und Unterstützer der NBA die Hauptstadt. Nach einem eintägigen Sitzstreik vor dem 'Ministry of Water Resources' (MWR) wurde einer 15-köpfigen Delegation der NBA, nach einem Gespräch mit dem Staatssekretär im MWR, zugesichert, daß die Bauarbeiten erst nach der Entscheidung des Obersten Gerichtshofes wieder aufgenommen werden. Die erste Anhörung fand jedoch erst am 28. November statt. In der Zwischenzeit sind sechs Verhandlungstage und über zwei Monate vergangen, ein Urteil ist noch nicht ergangen.

(Übersetzung und Bearbeitung: Elmar Noé)